



BAGIV • Trierer Straße 70-72 • D-53115 Bonn

Sehr geehrte Teilnehmerinnen,
sehr geehrte Teilnehmer!

Telefon: 0228/22 46 10
Fax: 0228/26 52 55
Email: info@bagiv.de
Internet: www.bagiv.de

Arbeitspapier zur 331. Kultusministerkonferenz

Freitag, 15. Oktober 2010

In der Gemeinsamen Erklärung „Integration als Chance – gemeinsam für mehr Chancengerechtigkeit“ haben wir, die Kultusministerkonferenz und Migrantenselbstorganisationen, uns Ende 2007 **gemeinsam verantwortlich** erklärt und uns **freiwillig verpflichtet**, Bildung für alle möglich zu machen und Chancengerechtigkeit zu schaffen, damit auch Kinder mit Migrationshintergrund eine wirkliche Chance haben.

Wo stehen wir heute? Wie sahen unsere Forderungen, unsere Ziele aus?

- Forderung: Sprachlernmöglichkeiten für Eltern mit Migrationshintergrund sollten ausgebaut werden. Elternkurse zur Einbindung in das Schulleben?
- Forderung: Informationspflicht, um eine Teilhabe am Bildungssystem sicher zu stellen.
- Forderung: Erziehungsvereinbarungen zwischen Schule und Elternhaus.
- Forderung: Verbände sollten über die Bildungsmöglichkeiten und Formen informieren und Vermittlerrolle einnehmen.
- Forderung: Frauenkonferenzen, um die Rolle der Migrantinnen zu stärken.
- Forderung: Berufsorientierte Projekte.
- Forderung: Beteiligung der Verbände an Programmen der Länder Bsp.: Lesepat*innen ...
- Forderung: Interkulturelle Kompetenz als Lernziel im Bildungsplan zu verankern und somit das interkulturelle Lernen stärker im Unterricht, aber auch außerschulisch zu etablieren.
- Forderung: Einhaltung der Schulpflicht heißt auch Sportunterricht für alle (auch Mädchen) und Sexualkunde für alle im Biologieunterricht sowie die Teilnahme aller an Klassenfahrten.
- Forderung: Ausbau von Ganztagschulen, um den Spracherwerb zu fördern.
- Forderung: Informationen über frühkindliche Bildung bereits in Kitas beginnen lassen. Junge Mütter mit einbeziehen, Sprachkompetenz fördern.
- Forderung: Schulabbrecher beraten und über Qualifizierungsmaßnahmen aufklären, auch in Zusammenarbeit mit Jugendhilfe, Berufsberatungsagenturen und Bildungsverwaltungen.
- Forderung: Niedrigschwellige Angebote breit streuen und durch Informieren Bewusstsein für die sprachlichen Bedürfnisse der Kinder schaffen.

Sind wir ehrlich, die Bilanz fällt traurig aus. Nur wenig ist passiert bzw. angestoßen worden. Wurden Verbände als Vermittler gefragt, Ihnen Vorschläge unterbreitet? Was hat die Schule konkret getan. Diesen Fragen müssen wir uns stellen.

Die Politik der kleinen, behutsamen Schritte führt nicht zum Ziel, wir müssen rascher



Umsetzen und noch stärker aufklären, informieren und unser Bildungssystem transparenter machen.

Wir brauchen **klare Kompetenzdefinitionen und verbindliche Vereinbarungen**, damit die Verantwortung nicht zwischen Länder und Kommunen hin und her geschoben werden kann (Schulsozialarbeit, Schulgebäude...).

Wir müssen die **Zahl der Schulabbrecher halbieren!** Hören wir auf mit theoretischem Bedauern irgendwelcher Statistiken und werden konkret! Definieren wir den Zeitraum und nennen eine exakte Zahl! Dann kann auch der Erfolg unserer Maßnahmen messbar und bewertet werden.

Eine Mittagsbetreuung an Schulen ist ein guter Anfang, aber sie alleine macht eine Schule nicht automatisch zu einer **Ganztagschule**. Sie gilt es **auszubauen**: Sprachförderungsangebote, Hausaufgabenbetreuung, Sportangebote sind dringend notwendig, auch um soziale Defizite aufzufangen .

Schulsozialarbeit darf nicht länger eine Kostenfrage sein, besonders an Schulen mit hohem Migrationsanteil ist sie unabdingbar.

Wir brauchen **niedrigschwellige Sprachförderungsangebote** für alle und **Transparenz**. Außerdem brauchen wir Eltern, die mit dem notwendigen Know how ausgestattet sind, um ihre Kindern zu begleiten und zu unterstützen. Nur so kann Bildung gelingen, nur so werden wir unserem Verfassungsauftrag gerecht.

Sprachkompetenz zu schaffen ist und bleibt die vordergründigste Aufgabe!

Darum sollte zwingend das letzte Kindergartenjahr für alle verpflichtend sein und somit zu einem planbaren Instrument der Schulvorbereitung werden.

Kinder, die nicht die gleichen, sprachlichen Grundvoraussetzungen mitbringen, müssen frühzeitig Hilfestellung erfahren und über den Schulanfang hinaus begleitende Hilfe bekommen. Erst dann kann man von **chancengleichen Startbedingungen** sprechen. Versäumnisse am Anfang hinterlassen weitreichende und tiefe Löcher, die ein Lernen später noch zusätzlich erschweren, wenn nicht sogar unmöglich machen.

Ausnahmeregelungen dürfen nicht die Regel sein. Wir fordern vehement, dass **Mädchen Zugang zum Sportunterricht** erhalten, dass sie beim Schwimmen dabei sein können! Wenn auf dem Lehrplan im Biologie- oder Ethikunterricht „Sexualkunde“ steht, dann ist dieser **verpflichtend** für alle Schüler und Schülerinnen ebenso die Teilnahme an Klassenfahrten auch für Mädchen!

Es vergeht kein Tag, an dem das Thema Integration nicht kritisch durch die Medien geistert. **Bildung** ist der Schlüssel dazu und hat **oberste Priorität**, also muss **engmaschig gehandelt** werden. Schritt für Schritt aber zügig, denn es ist schon viel zu viel Zeit verstrichen.

Wir müssen mit noch mehr Nachdruck die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft zum Handeln auffordern. Ermöglichen wir unseren Kindern Bildung, schaffen wir die Brücke zur Integration, bekämpfen wir Arbeitslosigkeit und Hartz IV, beugen sogar Kriminalität vor.

Ohne Bildung geht es nicht! Angestoßene Projekte sind allerdings keine Selbstläufer, sondern müssen qualifiziert und **ständig sozialraumorientiert angepasst** werden. Dies erfordert prozessoptimiertes Handeln direkt vor Ort. D.h. wir müssen **qualifizieren** und Stellen schaffen, also präventiv Gelder in die Hand nehmen, um Menschen Chancen zu ermöglichen.